

**Rede
des Fraktionssprechers für Rechts- und
Verfassungsfragen**

Ulf Prange, MdL

zu TOP Nr. 5

Abschließende Beratung

**Entwurf eines Gesetzes zu dem Staatsvertrag
zwischen dem Land Niedersachsen und dem
Freistaat Thüringen über die Übertragung der
Zuständigkeit in Staatsschutz-Strafsachen**

Gesetzentwurf der Landesregierung - Drs. 19/2393

während der Plenarsitzung vom 08.11.2023
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Die heute anstehende Ratifizierung des Staatsvertrags mit dem Freistaat Thüringen ist ein großer Etappenerfolg hin zu einer deutlichen räumlichen Verbesserung am Oberlandesgericht Celle. Es ist ein großer Erfolg unserer Justizministerin. Dazu gratuliere ich, und ich bedanke mich für diesen Einsatz, der uns da wirklich ein Stück weitergebracht hat.

Ich finde es schon ein Stück weit frech, Herr Kollege Plett. Sie haben hier drei Forderungen an die Justizministerin gestellt. Sie haben selbst fünf Jahre die Justizministerin gestellt, und in der Zeit ist kein einziger Staatsvertrag zustande gekommen.

Das hat unsere Justizministerin, Frau Wahlmann, mit ganz viel Engagement jetzt so weit getrieben, und das sollte man hier anerkennen, bevor man Forderungen stellt, wenn man selbst jahrelang in der Verantwortung war.

Sie haben die Saal-Situation in Celle ja inhaltlich richtig beschrieben. Ich habe sie mir auch schon mehrfach angeschaut. Das ist ausgesprochen schwierig, was die Verhandlungen anbelangt. Es ist aber auch so, dass große Aufwände für Polizeieinsätze erforderlich sind, dass an diesem Standort die großen Staatsschutz-Strafverfahren, die IS-Rückkehrer-Verfahren, die wir in den letzten Jahren hatten und die wir immer noch haben, wirklich einen hohen Aufwand bedeuten und Millionen aus dem Landeshaushalt für die Polizeieinsätze zur Verfügung gestellt werden. Deswegen ist es sinnvoll, das an einem anderen Standort, wo Sicherheit besser zu organisieren ist, zu machen. Ich glaube, da sind wir uns alle einig.

Der Bund hat 24,4 Millionen Euro im Haushalt eingeplant. Ob das Geld zur Verfügung steht, hängt aber davon ab, ob sich mehrere Bundesländer zusammenfinden, so etwas dann auch gemeinsam zu betreiben. Das ist nicht einfach.

Ich kann nicht kommentieren, was Justizministerinnen davor gemacht haben oder nicht. Ich kann nur feststellen, dass wir diesen Saal dringend benötigen, dass wir alles dafür tun sollten, hier zu einem Erfolg zu kommen. Es stehen im Landeshaushalt Mittel bereit, wir brauchen aber die Kofinanzierung durch den Bund. Deswegen sind Gespräche zu führen, die ja auch stattfinden, damit wir diese Bundes-mittel bekommen, um die Situation in Celle für die Verfahrensbeteiligten zu verbessern, aber eben auch, um Sicherheit herzustellen.

Das Ganze ist insofern ein bisschen schwierig. Wir haben schlechte räumliche Bedingungen und deswegen verhältnismäßig wenige Verfahren. Der Bund gibt aber nur Geld, wenn es viele Verfahren gibt. Da beißt sich die Katze ein bisschen

in den Schwanz. Diese Debatte muss man mit dem FDP-Justizminister im Bund führen. Das wird auch getan. Da sollten wir als Niedersachsen zusammenstehen, um dort Verbesserungen hinzubekommen.

Es geht ja nicht nur um die Staatsschutzverfahren. Wir haben mittlerweile viele andere große Strafverfahren mit vielen Angeklagten, Verfahrensbeteiligten, Nebenklägern, sodass auch in der Fläche viele Verfahren ausgelagert werden müssen. So musste in Oldenburg gestern beispielsweise ein Prozess in der Weser-Ems-Halle geführt werden. Wir brauchen dringend Mittel, um die Justiz in der Fläche zu stärken, auch mit baulichen Maßnahmen zu stärken. Deswegen können wir auf die Bundesmittel, die wir da für Celle einwerben wollen, nicht verzichten. Da sollten wir alle an einem Strang ziehen. Dafür werbe ich, und ich bin auch ganz zuversichtlich, dass diese Gespräche zu einem guten Ergebnis führen. Heute haben wir einen wichtigen Etappenerfolg mit diesem Staatsvertrag erzielt, den man auch in der Form würdigen muss, was ich hiermit getan habe.

Vielen Dank.